

Globales Land Grabbing: Die europäische Dimension

von Peter Clausing

Die vier wesentlichen Triebkräfte, die den Kauf und die Pacht riesiger Flächen in den Ländern des Südens und Osteuropas befeuern – Nahrungsmittelspekulation, der Einsatz von Agrotreibstoffen, die Suche nach „sicheren“ Anlagen sowie Ernteauffälle aufgrund von Klimawandel und Bodenmüdigkeit – haben sich seit dem vor drei Jahren an dieser Stelle veröffentlichten Beitrag nicht geändert.¹ Allerdings haben sich bei den investierenden Interessengruppen die Proportionen verschoben: Waren es ursprünglich vor allem Länder mit prekärer Eigenversorgung, die auf der Suche nach mehr Unabhängigkeit von den Fluktuationen der Weltmarktpreise nach Möglichkeiten eines *Offshore farming* suchten, sind es heute in viel stärkerem Maße Investoren, die auf Steigerungen bei den Lebensmittel- und Bodenpreisen spekulieren. Hinzu kommt noch die Rolle der Europäischen Union und die der EU-„Bio“kraftstofflobby, wie im Folgenden gezeigt wird.

Die Europäische Union und die „Bio“kraftstofflobby

Bei Ländern mit prekärer Eigenversorgung denkt man zunächst an China, Südkorea und die Golfstaaten. Doch wenn es um Eigenversorgung durch importierte Waren geht, rückt Europa auf einen der vordersten Plätze. Einer Studie von *Friends of the Earth* zufolge ist Europa der größte Importeur von land- und forstwirtschaftlichen Produkten. Nahezu 60% der Landfläche zur Deckung des derzeitigen europäischen Bedarfs an land- und forstwirtschaftlichen Produkten liegt außerhalb Europas – Tendenz steigend²: Nach Berechnungen, die im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wurden, ist für 2020 zu erwarten, dass 21% des Agrodiesels aus Soja und Palmöl und 50-90% des Agrosprits aus Zuckerrohr kommen würden, mithin aus Pflanzen, deren Anbau in Europa nicht möglich ist bzw. – im Fall von Soja – wirtschaftlich keine Rolle spielt.³ Grundlage dieser Berechnungen sind die Festlegungen der EU-Direktive zu erneuerbaren Energien aus dem Jahr 2009 (2009/28/EG), ab 2020 in der EU 20% des gesamten Energieverbrauchs und 10% des Kraftstoffverbrauchs durch Agrotreibstoffe zu decken.⁴ Nun wurde Anfang September ein Gesetzesentwurf der Europäischen Kommission bekannt, der für diese Direktive eine Kurskorrektur

vorsieht. Im Transportsektor soll der Anteil von Agrotreibstoffen bis 2020 nur auf 5% statt 10% steigen. Dies rief sofortige und heftige Reaktionen seitens verschiedenster Lobbyorganisationen hervor, allen voran der European Biodiesel Board (EBB), der nach eigener Darstellung 75% der Agrotreibstoff-Industrie verkör-

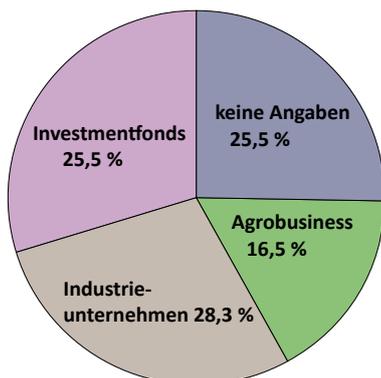
pert.⁵ Zu Beginn seines am 13. September 2012 veröffentlichten Positionspapiers schwingt der EBB im Fettdruck die Keule: Der Schwenk in der EU-Politik würde den Tod „des gesamten EU Bio-Diesel-Sektors“ und damit den Verlust von 450.000 Arbeitsplätzen sowie vieler Milliarden Euro an Investitionen bedeuten.

Das nennt man eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Aufgrund strategischer Überlegungen (langfristige Absicherung von Europas exzessivem Energiebedarf) wurden nicht nur die seit langem bestehenden Bedenken bezüglich der sozialen und ökologischen Verträglichkeit von Agrotreibstoffen vom Tisch gefegt, sondern durch die Ignorierung anderer EU-Vorgaben genau jene Widersprüchlichkeiten erst erzeugt, die der EBB, allerdings aus entgegengesetzter Perspektive, jetzt beklagt. Ignoriert wurden unter anderem die seit 2004 existierenden EU-Richtlinien zu Landfragen in Entwicklungsländern, die, wenngleich unverbindlich, den Zugang zu Land und seinen Ressourcen mit der Einhaltung von Menschenrechten verknüpfen.⁶ Ignoriert wurden ferner zahlreiche Studien darüber, dass eine große Lücke zwischen den versprochenen und den tatsächlich erreichbaren CO₂-Einsparungen klafft, auch wenn gerade dieser Aspekt im öffentlichen Diskurs im Vordergrund steht – getrieben von der Motivation, die CO₂-Bilanz des nach wie vor steigenden Kraftstoffverbrauchs in der EU schönzurechnen. Statt diesen Studien Beachtung zu schenken, wurden „viele Milliarden Euro“ investiert, die nun als Argument dafür dienen, dass ein Kurswechsel nicht mehr möglich sei. Mehr noch, der EBB fordert, den Termin der für Ende 2014 festgelegten Überprüfungsklausel zu respektieren (2009/28/EG, Art. 23 Abs. 8). Mit anderen Worten, es sollen zwei weitere Jahre herhalten, um mit dem Umfang der bis dahin noch zu tätigen Investitionen die Unumkehrbarkeit der gegenwärtigen Politik bei den „Bio“kraftstoffen weiter zu zementieren. Schon frühzeitig wurde in Brüssel die Pro-Agrotreibstoff-Lobby institutionalisiert, zunächst mit dem im Jahr 2005 von der Europäischen Kommission geschaffenen *Biofuels Research Advisory Council* (Biofrac), der vorschlug, bis 2030 den Anteil von Agrotreibstoffen im Transportsektor auf 25% zu steigern. Wenig später mutierte Biofrac zur European Biofuel Technology Platform, deren 23-köpfiges Leitungsgremium zu 60% aus Industrie-

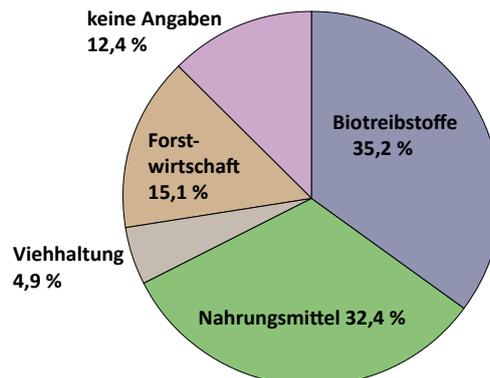
vertreterInnen besteht (Auto-, Öl- und „Bio“kraftstoffindustrie, Biotechnologie, industrielle Landwirtschaft).⁷

Land Grabbing hängt unmittelbar mit den Politikvorgaben zu den so genannten Biokraftstoffen zusammen. Anfang 2010 war – einer Analyse der Weltbank zufolge – mehr als ein Drittel der globalen Landtransaktionen der Produktion von Agrotreibstoffen geschuldet.⁸ In ihrer Gesamtheit erweist sich die EU-Politik zu erneuerbaren Energien als höchst widersprüchlich: Verbale Vorgaben zu Umweltschutz, Nachhaltigkeit und sozialer Verträglichkeit kollidieren mit den von der Wirtschafts- und

Herkunft der Investoren



Art der Landnutzung der Investitionen



Quelle: Klaus Deininger, 'Large-scale land acquisition – What is happening and what can we do?', World Bank team, Präsentation, Land Day event, 24.1.2010, Rom, eigene Grafik nach: Thomas Fritz, Das große Bauernlegen, Berlin 2010, S.9.

Sicherheitspolitik geschaffenen Realitäten. Nachdem vor einigen Jahren unbestreitbar wurde, dass für die Erreichung der Vorgaben aus Brüssel die Nutzung von Flächen im globalen Süden unumgänglich ist, wurde versucht, Gegenstimmen mit dem Argument zum Verstummen zu bringen, dass negative Auswirkungen durch freiwillige Verpflichtungen im Rahmen gehalten oder durch technische Innovationen gemildert werden könnten.⁹ Am Ende hält von den drei vermeintlichen Gründen für die forcierte Einführung von Agrotreibstoffen (Klimaschutz, ländliche Entwicklung und Energiesicherheit) jedoch nur der letztgenannte einer kritischen Prüfung stand – der strategische Gesichtspunkt, die Anfälligkeit der Treibstoffversorgung gegenüber globalen Störungen durch Diversifizierung zu verringern. Während die wirtschaftlichen Interessen der EU mit ihren offiziell erklärten Zielen zur Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens in Konflikt stehen, zeichnen sich die „Sektor-Politiken“ zur Förderung des Geschäfts mit Agrotreibstoffen durch Kohärenz aus. Laut einer Studie fördern die EU-Mitgliedsländer dieses Geschehen durch Eingriffe im globalen Süden.¹⁰ „Entwicklungshilfe“-ministerien und internationale Institutionen wie die Weltbank ebnen den Weg zur Formalisierung und Privatisierung von Landeigentum durch marktorientierte Landreformen, die den Abschluss kommerzieller Landtransaktionen begünstigen.

Spekulanten und Konflikte

In Afrika, wo in den meisten Ländern noch traditionelle Landrechte vorherrschen, schaffen Katasterprojekte, wie sie von der Weltbank und der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) betrieben werden, den rechtlichen Rahmen für privates Landeigentum und somit Rechtssicherheit für künftige Investoren. Erfolgt dies nicht, kann es zu Auseinandersetzungen zwischen traditionellen Landeigentümern und Investoren bzw. den sie unterstützenden Regierungen kommen. Wie zahlreiche Beispiele u.a. aus Äthiopien, Mali und Madagaskar zeigen, ist dieses Konfliktpotenzial sehr real. Ein besonders eklatantes Beispiel kommt aus der Provinz Gaza in Mosambik. Das Gebiet Coutanda, Teil dieser Provinz, wurde auf Druck der *Peace Parks Foundation*¹¹ in ein Netzwerk grenzübergreifender Schutzgebiete integriert, um die Elefanten-Überpopulation des südafrikanischen Krüger-Nationalparks aufzufangen und der Tourismusindustrie neue Einkommensquellen zu verschaffen.¹² Es entstand der *Great Limpopo Transnational Park*, mit 35.000 Quadratkilometern so groß wie Baden-Württemberg. Dieser neu geschaffene Nationalpark war jedoch im mosambikanischen Teil nicht unbesiedelt. Die darin befindlichen Dörfer, gleichermaßen der Zerstörung ihrer Ernten durch die einwandernden Elefanten und den Belästigungen durch Park-Ranger ausgesetzt, wurden schließlich mit Geldern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit umgesiedelt. Als sich herausstellte, dass ein Teil des für die Umsiedlung ausgewiesenen Landes gleichzeitig der Firma Procana versprochen war, eskalierte der Konflikt. Procana plante auf einer Fläche von 30.000 Hektar den Anbau von Zuckerrohr zur Ethanolgewinnung. Aufgrund dauerhafter Konflikte mit der lokalen Bevölkerung zogen sich die Investoren Ende 2009 schließlich zurück.

Selbst Bettina Rudloff von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik kommt zu der Schlussfolgerung, dass die EU „die politische Förderung von Agrarrohstoffen zurückfahren (sollte), weil diese das Interesse an Landfläche im Ausland extrem verstärkt“.¹³ Ihr Hinweis, dass deutsche Investitionen mit 450.000 Hektar „nur“ 18% aller bekannt gewordenen europäischen Landinvestitionen ausmachen, lässt außer Acht, dass es

neben diesen Direktinvestitionen eine Reihe von „Finanzdienstleistern“ gibt, die auf globale Landkäufe spezialisiert sind. Zu ihnen gehören die Agrarius AG Bad Homburg, Aquila Capital und die KTG Agrar AG, beide aus Hamburg, RCM Global Agricultural Trends (Allianz), Altima Partners (ein von der Deutschen Bank gegründeter Hedgefond in Großbritannien) und die notorische DWS-Fonds Investmentgesellschaft, eine Tochter der Deutschen Bank, die fünf globale Agrarfonds aufgelegt hat.¹⁴ Die DWS investierte unter anderem in die brasilianische Cosan S.A., ein brasilianischer Zuckergigant, der 700.00 Hektar Land und 23 Zuckerfabriken besitzt und von der Regierung seines Landes keine Kredite mehr bekommt, weil bei Kontrollen sklavenartige Arbeitsverhältnisse festgestellt wurden. Ergänzt wird das Sündenregister von Cosan durch kriminelle Landaneignungen von offiziell anerkannten indigenen Territorien (von der brasilianischen Indigenen-Behörde FUNAI markierte Gebiete).¹⁵

Es stellt sich die Frage, warum angesichts der oben genannten Beispiele die von der Weltbank bzw. der EU vorgeschlagenen Instrumente nicht greifen. Richtig, wegen ihrer Unverbindlichkeit und aufgrund der - entgegen allen Behauptungen - fehlenden Kohärenz in der Politik der kapitalistischen Kernländer. Einerseits empfiehlt die EU in ihren Land Policy Guidelines den Regierungen des Südens „ein Verbot von Land Grabbing, Eingriffen und anderen Prozessen des Ausschlusses“ (Punkt 6.0.3). Andererseits zieht sie sich gleichzeitig selbst auf die Kosmetik unverbindlicher Richtlinien und Prinzipien der Freiwilligkeit zurück, so dass mächtige Wirtschaftsinteressen immer am längeren Hebel sitzen. Insofern wäre es zu begrüßen, wenn die EU, die den Regierungen des Südens gegebene Empfehlung, Inkohärenzen in der Sektor-Politik der einzelnen Ministerien zu beseitigen (Punkt 6.1.5 der Land Policy Guidelines), auch im eigenen Haus durchsetzen würde.

Anmerkungen:

- 1 Pedersen, K. (2009): Landbesitz: Eine Frage der Sicherheit! in: AUSDRUCK (Oktober 2009), S. 20-24.
- 2 Friends of the Earth Europe (2011). Europe's Land Import Dependency. www.foeeurope.org/sites/default/files/publications/FoEE_Briefing_Europe_Global_Land_Demand_1011.pdf
- 3 Laborde, D. (2011): Assessing the Land Use Change Consequences of European Biofuel Policies. trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/october/tradoc_148289.pdf
- 4 2009/28/EG. eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0016:0062:de:PDF
- 5 EBB Position Paper on Commission DG Climate draft proposals on ILUC, 13.09.2012. www.endseurope.com/docs/120914a.pdf
- 6 EU Land Policy Guidelines. Guidelines for support to land policy design and land policy reform processes in developing countries, November 2004.
- 7 Vgl. Franco, J. u.a. (2010): Assumptions in the European Union biofuels policy: frictions with experiences in Germany, Brazil and Mozambique. *Journal of Peasant Studies* 37:661-698.
- 8 Deiniger, K., zitiert bei Fritz, T (2010): Das große Bauernlegen, FDCL-Verlag. fdcl-berlin.de/fileadmin/landnahme/FDCL_DasGrosseBauernlegen_28Seiten_WEB.pdf
- 9 Franco a.a.O., S. 661
- 10 Franco a.a.O., S. 663.
- 11 Die Peace Parks Foundation wurde auf Initiative des WWF Südafrika gegründet
- 12 Franco a.a.O. S.686/687, McDermott Hughes, D. (2005): Third Nature: Making Space and Time in the Great Limpopo Conservation Area, *Cultural Anthropology*, 20: 157-184.
- 13 Rudloff, B. (2012): *Kein schöner Land*. SWP-Studie 19, 2012
- 14 Siehe auch Fritz (2010) a.a.O.
- 15 Fritz a.a.O.